

Oktober 1899 in Hannover: Die Parteimitglieder werden aufgefordert, die Agitation für den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und der Rechte der Arbeiterinnen zu unterstützen,

September 1900 in Mainz: Der Parteitag diskutiert die Weltpolitik. Er wendet sich scharf gegen die Kolonialpolitik und tritt für die Rechte, die Freiheit und die Unabhängigkeit aller Völkerschaften ein,

September 1903 in Dresden: Auf dem Parteitag wird die begonnene Revisionismus-Diskussion fortgesetzt. August Bebel wendet sich in seinem Referat gegen alle revisionistischen Bestrebungen,

September 1905 in Jena: Jeder Parteigenosse soll verpflichtet sein, einer Gewerkschaft beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen,

September 1906 in Mannheim: Die SPD fordert den Eintritt der Strafmündigkeit frühestens mit dem vollendeten 16. Lebensjahr, die Abschaffung der Todesstrafe, die Einführung besonderer Jugendgerichte und Jugendstrafanstalten.

September 1908 in Nürnberg: Der Parteitag verlangt zur Sozialpolitik die baldige Verwirklichung der Forderungen zur Arbeiterversicherung, die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts und gesetzliche Vorschriften für Wohlfahrtseinrichtungen,

September 1909 in Leipzig: Der Parteitag beschäftigt sich mit der Reichsversicherungsordnung. Da der vom Reichsamt des Inneren veröffentlichte Entwurf die berechtigten Ansprüche der Arbeiter nicht erfüllt, fordert die SPD volles Selbstverwaltungsrecht für die Versicherten, Zentralisation der Krankenversicherung, Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen; bei der Unfallversicherung: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten,

September 1910 in Magdeburg: Von den Parteigenossen wird erwartet, dass sie den Wahlrechtskampf in Preußen und den anderen Bundesstaaten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bis zur Erringung der vollen Gleichberechtigung weiterführen,

September 1912 in Chemnitz: Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten. Er verlangt die Beendigung des Wettrüstens und fordert die Beseitigung des Schutzzollsystems,

September 1913 in Jena: Zur Arbeitslosigkeit verlangt der Parteitag rasche Maßnahmen zur Linderung der Not, unter anderem durch eine Erweiterung der Sozialgesetzgebung. Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden.